

Zürich, Wädenswil und Männedorf, 25. September 2006

KR-Nr. 272/2006

POSTULAT von Katharina Prelicz-Huber (Grüne, Zürich) und Julia Gerber Rüegg (SP, Wädenswil) und Lorenz Schmid (CVP, Männedorf)

betreffend Änderung der Richtlinien des Lotteriefonds für die Auslandhilfe

Der Regierungsrat wird ersucht, die Richtlinien des Lotteriefonds für die Auslandhilfe dahingehend zu ändern, dass auch Projekte aus akuten Krisenregionen und aus Staaten, aus welchen Menschenrechtsverletzungen bekannt sind, berücksichtigt werden können, wenn diese Projekte direkt oder indirekt zur Förderung von Zivilgesellschaft und Demokratie beitragen.

Katharina Prelicz-Huber
Julia Gerber Rüegg
Lorenz Schmid

272/2006

Begründung:

Mit einem Rahmenkredit, geüfnet aus Mitteln des Lotteriefonds, werden gemäss gültigen Richtlinien Projekte aus Afrika und Osteuropa berücksichtigt, die der Hilfe zur Selbsthilfe dienen. Nicht berücksichtigt werden aber Projekte aus akuten (politischen) Krisenregionen und aus Staaten, aus welchen eklatante Menschenrechtsverletzungen bekannt sind. Gerade aber in diesen Staaten wäre die Hilfe am dringendsten nötig, vor allem wenn die Projekte helfen, die Situation der betroffenen Bevölkerung zu verbessern und zur Förderung von Zivilgesellschaft und Demokratie beitragen. Eine solche Einschränkung macht deshalb keinen Sinn und muss gestrichen werden.